

PRÄSIDENT

**DEUTSCHER
SCHÜTZENBUND**

03.07.2009
JA-bz

Herrn
Dr. Hermann Scheer, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Wer angeblich wie viel „in der Hose“ hat – Ihre Veröffentlichung in den „Neuesten Nachrichten von, über und mit Hermann Scheer“

Sehr geehrter Herr Dr. Scheer,

mit einiger Irritation und nicht weniger Unverständnis habe ich Ihre Auslassungen zur Waffenrechtsnovelle nach dem furchtbaren Amoklauf von Winnenden und Wendlingen zur Kenntnis genommen.

Die freie Meinungsäußerung zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen sei Ihnen völlig unbenommen, auch die persönliche Bewertung derselben mag durchaus unterschiedlich ausfallen. Allerdings sehe ich mich als Präsident des Deutschen Schützenbundes zu einer deutlichen Stellungnahme in den Punkten gezwungen, die Sie offensichtlich falsch, irreführend oder tendenziös mit dem Ziel einer einseitigen Polemisierung und Emotionalisierung der laufenden Debatte wiedergegeben haben – zumal vor dem Hintergrund Ihrer früheren Mitgliedschaft im Nationalkader Moderner Fünfkampf. Dies kann und werde ich nicht unwidersprochen hinnehmen:

1. Der Deutsche Schützenbund versteht sich nicht als selbstgefällige „Lobbygruppe“ und beteiligt sich erst recht nicht an der reichlich fragwürdigen Diskussion um Phalluskomplexe (O-Ton: „Wer sonst nichts in der Hose hat...“). Er ist vielmehr einer der größten und zudem der älteste deutsche Sportverbände innerhalb des Deutschen Olympischen Sportbundes. Mit 1,5 Millionen Mitgliedern, 20 Landesverbänden, 15.000 Vereine und einer Verbandsgeschichte, die bis in das Jahr 1861 zurückreicht, ist der DSB eine ernstzunehmende gesellschaftliche, kulturelle und sportliche Größe in Deutschland. Ich schicke diese Anmerkungen ausdrücklich voraus, weil das Schützenwesen zu jeder Zeit weit mehr war als ein bloßer Zusammenschluss sportlich Interessierter – sei es der von ihm geleistete Schutz der Städte im Mittelalter, der engagierte Einsatz für ein liberales, geeintes Deutschland im 19. Jahrhundert oder der ehrenamtliche Einsatz in Vereinen, Kommunen und bei der Betreuung von fast 350.000 Kindern und Jugendlichen in den Vereinen heutzutage. Kurzum: Hier wird täglich „Schützenhilfe“ gelebt und geleistet – der aktuelle Sportentwicklungsbericht spricht von mehreren Millionen Euro, die an sozialem Kapital erwirtschaftet werden! –, aber kein Waffenfetischismus betrieben!
2. Im übrigen sind die vom DSB angebotenen Sportarten ausdrücklich vom Bundesverwaltungsamt genehmigt, und wie Sie sicher wissen, setzt der Erwerb einer eigenen Sportwaffe einen aufwändigen Prozess einschließlich des Nachweises eines Bedürfnisses, hinreichender Sachkunde und persönlicher Eignung voraus. So ist es geradezu absurd, das Waffengesetz als „Hobby-Gesetz“ zu diffamieren: Einerseits fallen Sie damit auf peinlichste Weise Ihrer eigenen Partei in den Rücken, die als Koalitionspartner am gesamten Verfahren maßgeblich beteiligt war. Andererseits wischen Sie so die massiven Verschärfungen des Waffengesetzes in den letzten Jahren hand-

Mitglied im
Deutschen
Olympischen
Sportbund
(DOSB), FITA,
ISSF, NADA

Lahnstraße 120
D 65195 Wiesbaden
Telefon +49 611 46807-0
Telefax +49 611 46807-49

streichartig vom Tisch. Fakt bleibt: Das deutsche Waffengesetz ist – dem Wahlprogramm der SPD nach! – eines der restriktivsten Gesetze seiner Art in Europa und die 1,5 Millionen verantwortungsvollen Sportschützinnen und –schützen des DSB haben wesentlich weitreichendere Einschränkungen hinzunehmen als ihre Kollegen in den übrigen EU-Ländern. Selbstverständlich ist der Amoklauf von Winnenden durch nichts zu entschuldigen – hier hat sich eine menschliche Tragödie ereignet. Sie wäre jedoch durch die schlichte Beachtung des bereits zu diesem Zeitpunkt geltenden Waffengesetzes mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vermeidbar gewesen!

3. Ihre Argumentation weist im Folgenden leider erhebliche Unschärfen auf und wird gerade da undurchsichtig, wo klare Positionierungen und stringente Schlüsse notwendig wären: Mit Paintballschießen reden Sie einer Freizeitbeschäftigung das Wort, die vom Deutschen Schützenbund berechtigterweise schon seit vielen Jahren offiziell geächtet ist. In deutlicher Abgrenzung zu Paintball-Spielern zielt kein Mitglied des DSB auf Menschen, ahmt Verletzungs- und Tötungsszenen nach und begibt sich in martialischer Verkleidung in bürgerkriegsähnliche Pappwelten. Allein der in der Paintball-Szene verbreitete euphemistische Begriff des „Markierers“ für ihre Farbbeutelwaffen lässt tief blicken. Ich verbitte mir daher ausdrücklich, einen Zusammenhang zwischen den Sportarten und Disziplinen des DSB und der Paintball-Szene herzustellen! Denn: Wer mit einem Sportgerät in zumeist olympischen Disziplinen innerhalb eines gesicherten und dafür errichteten Geländes auf Papierscheiben zielt, stellt kein Sicherheitsrisiko dar und übt erst recht keine Gewalt aus.
4. Ganz ähnlich verhält es sich mit Ihrer gefährlichen Forderung der zentralen Waffenaufbewahrung, sei es im Schützenhaus oder bei einer Behörde – mit der Sie zwischenzeitlich ohnehin vom Lauf der Ereignisse überholt wurden. Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang, Ihren Blick nach Großbritannien zu richten oder auf den Fall von Crailsheim, bei dem erschreckendes Fehlverhalten eines Behördenmitarbeiters einen Diebstahl in erheblichen Umfang ermöglichte. Bezeichnenderweise löste dies bei Politik und Medien allerdings keinen Generalverdacht gegen alle mit der Waffenaufbewahrung betrauten Behörden aus, denen eigentlich eine besondere Vorbildfunktion zukommen sollte!

Sehr geehrter Herr Dr. Scheer, der Deutsche Schützenbund versteht sich als verlässlicher und ernsthafter Partner bei allen Fragen des Waffenrechts. Diesen eindeutigen Standpunkt hat der DSB unlängst mit seiner „Lübecker Erklärung“ noch einmal nachdrücklich unterstrichen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass sich die in Amerika unter dem Begriff der „school shootings“ bekannten Amokläufe relativ unabhängig von der Strenge nationaler Waffengesetze ereignen und bisher nur in wenigen Ländern auftraten. Hier wird also auch zukünftig eine gesamtgesellschaftliche, umfassende und fundierte Gegenstrategie nötig sein, an der alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen mitwirken müssen. Pauschale Verdächtigungen und eine unseriöse Emotionalisierung, die letztlich immer in einer „Hexenjagd“ endet, werden das Problem keinesfalls lösen. Vor allem stehen sie einem Politiker nicht gut zu Gesicht, von dem bei der Konfliktbewältigung eine vermittelnde und keine polarisierende Rolle erwartet wird.

Mit freundlichen Grüßen



Josef Ambacher, Präsident